

Friedenspolitik ist (über-)lebenswichtig!



CHECKHEFT ZUR

Bundestagswahl 2021

Hrsg.:

Bund für Soziale Verteidigung e.V.

Schwarzer Weg 8, 32423 Minden

Tel. 0571- 29 456

Email: info@soziale-verteidigung.de

www.soziale-verteidigung.de

v.i.S.d.P.: Christine Schweitzer

2

Bitte beachten: Sehr lange Links haben wir unter Nutzung von <https://t1p.de/> verkürzt.

Unsere Friedensarbeit kostet Geld. Wir freuen uns über Spenden auf unser Konto bei der

Sparkasse Minden-Lübbecke:

Bund für Soziale Verteidigung

IBAN: DE73 4905 0101 0089 4208 14

Einzelne Heftchen geben wir kostenfrei ab. Bei der Bestellung von größeren Mengen würden wir uns über eine Unkostenerstattung von 0,50 €/Stück plus Porto oder eine entsprechende Spende freuen.

100 Sekunden vor Mitternacht?

Dies ist die Zeit, die die „Weltuntergangsuhr“ des Bulletin of the Atomic Scientists anzeigt. Die weltweiten Rüstungskosten betragen 2019 1,92 Billionen US-Dollar. Das ist der höchste Wert seit dem Ende des Kalten Krieges. Auch der deutsche Rüstungshaushalt steigt weiter, 2021 umfasst er schon fast 47 Milliarden Euro. Die Bundeswehr ist weltweit im Einsatz. Der weltweite Waffenhandel nimmt zu. Die EU will erstmals militärische Ausbildung und Ausrüstung in Drittstaaten finanzieren. Kampftruppen der NATO stehen an der Grenze zu Russland; Deutschland leitet derzeit die Battlegroup in Litauen; russische Truppen sammelten sich im Frühjahr an der Grenze zur Ukraine. Deutschland lehnt einen Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen ab. Und obwohl die Regierung versichert, „zivile Krisenprävention“ zu betreiben, sprechen die Zahlen eine andere Sprache: Wohlwollend geschätzt nicht ganz 6,5 Milliarden Euro für Zivile Konfliktbearbeitung stehen schon jetzt 46,9 Milliarden für das Militär gegenüber – die Prioritäten im Bundeshaushalt liegen also eindeutig weiter beim Militärischen. Gleichzeitig verhindert die EU mit militärischen Mitteln, dass Menschen nach Europa fliehen. Tausende sterben jedes Jahr im Mittelmeer, obwohl sie gerettet werden könnten, oder leben unter unmenschlichen Bedingungen in Lagern rund ums Mittelmeer.

Der Bund für Soziale Verteidigung ist eine Friedensorganisation, die sich für gewaltfreie Politik und konstruktive Konfliktbearbeitung einsetzt. Sein Ziel ist es, eine Gesellschaft zu schaffen, die ohne Kriege und andere Gewalt auskommt. Konflikte sollen auf gewaltfreier, nicht-militärischer, ziviler Basis bearbeitet und gelöst werden.

Unsere konkrete Arbeit findet in drei Bereichen statt: „Pazifismus, Militärkritik und gewaltfreie Alternativen“, „International gewaltfrei eingreifen“ und „Friedensbildung im Inland“.

Ein Schwerpunkt unserer Arbeit ist die Veröffentlichung von Analysen und Hintergrundpapieren zu aktuellen Konflikten.

Unsere wichtigsten Publikationen finden Sie auf unserer Website <https://soziale-verteidigung.de>:

- ein vierteljährlicher Rundbrief, <https://soziale-verteidigung.de/bereich/rundbrief>
- ein monatlicher E-Mail-Newsletter, <https://soziale-verteidigung.de/bereich/newsletter>
- Hintergrund- und Diskussionspapiere, <https://soziale-verteidigung.de/hintergrund-diskussionspapiere>
- Informationsblätter, <https://soziale-verteidigung.de/infoblatter>

In unseren Publikationen finden Sie weitere Hintergrundinformationen zu unseren wichtigsten Themengebieten, falls Sie sich noch intensiver auf den Kontakt zu Bundestagsabgeordneten vorbereiten möchten.

Regelmäßig veranstalten wir Tagungen und Fachgespräche zu spezifischen Themen. Alle Termine finden sich auf unserer Website.

**Zeigen wir den Parteien, dass uns Friedens- und Sicherheitspolitik wichtig sind!
Abgeordnete müssen hören und sehen, dass es ihre Wähler*innen nicht gleichgültig
lässt, wie sie sich zu Krieg oder Frieden verhalten! Der Bundestagswahlkampf gibt uns
dazu Gelegenheit!**

Der Wahlkampf zur Bundestagswahl am 26. September 2021 eröffnet die Chance, an die Kandidatinnen und Kandidaten mit friedenspolitischen Fragestellungen heranzutreten. So können wir Alternativen zu Rüstung und Militär – Zivile Konfliktbearbeitung und Ziviles Peacekeeping, Soziale Verteidigung usw. – ansprechen. Und Forderungen wie Abrüstung, ein Ende von Rüstungsexporten, Senkung des Verteidigungshaushalts anstelle von seiner Steigerung oder eine andere, eine menschenrechtsbasierte Politik zum Thema Flucht und Migration vorbringen.

Und nach der Wahl können wir die Kandidat*innen an ihre Versprechen erinnern, z.B. daran messen, wie sie bei Entscheidungen über Bundeswehreinsätze abstimmen.

Das Abstimmungsverhalten von Abgeordneten bei Bundestagsabstimmungen, z.B. zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr, kann man auf der Website des Bundestags (www.bundestag.de/) nachlesen.

Die Seite „**Abgeordnetenwatch**“ (<https://www.abgeordnetenwatch.de/>) dokumentiert ebenfalls Abstimmungsverhalten und sie gibt die Möglichkeit, Fragen an Abgeordnete zu richten.

Die demokratischen Bundestagsparteien haben sich darauf verständigt, ein **Online-Formular** auf ihren Websites einzurichten, über das Wahlprüfsteine bzw. Fragen zu den Wahlprogrammen eingereicht werden können:

DIE GRÜNEN: www.gruene.de/wahlpruefsteine

SPD: <https://www.spd.de/wahlpruefstein/>

CDU-CSU: <https://www.regierungsprogramm.de/>

FDP: <https://crm.fdp.de/umfragen/mini-umfrage/46>

DIE LINKE: <https://www.die-linke.de/wahlen/wahlpruefsteine-2021-formular/>

Die Bundeszentrale für politische Bildung schaltet ungefähr zwei Monate vor der jeweiligen Wahl ihren „**Wahl-O-Mat**“ online: <https://www.bpb.de/politik/wahlen/wahl-o-mat/>. (Ihn gibt es auch für die diversen Landtagswahlen.) Dort kann man anhand bestimmter Themen testen, welchen Parteiwahlprogrammen man/frau am ehesten zustimmt.

Mitmachen – so funktioniert es:

Selten sind Abgeordnete und Parteifunktionär*innen so ansprechbar wie in Zeiten des Wahlkampfs. Das gibt uns die Gelegenheit, sie mit unseren friedenspolitischen Forderungen zu konfrontieren. Zum Beispiel

- in Gesprächen an Infoständen der Parteien auf der Straße,
- durch schriftliche Anfragen an die jeweiligen Partei- und Wahlkreisbüros, wofür die Parteien 2021 Onlineformulare eingerichtet haben. (Die Adressen stehen links.)
- bei persönlichen Terminen mit Abgeordneten bzw. Kandidat*innen oder
- durch Anfragen auf der Onlineplattform www.abgeordnetenwatch.de – einem Portal zur Befragung von Abgeordneten des Deutschen Bundestags.

Nutzen Sie hierfür die Fragen, die wir in diesem Checkheft zusammengestellt haben und ergänzen Sie sie um Ihre eigenen friedenspolitischen Forderungen! Die Antworten, die Sie erhalten, können dann für weitere Lobby- und/ oder Öffentlichkeitsarbeit verwendet werden; zum Beispiel als Basis für ein zweites, vertiefendes Gespräch. Wir haben alle Fragen so formuliert, dass sie die Zeichenvorgabe von 300 Zeichen in den Onlineformularen der Parteien nicht übersteigen.

Der BSV ist natürlich nicht der einzige Verband oder Zusammenschluss, der Wahlprüfsteine zu den Bundestagswahlen veröffentlicht hat. Wir haben bei unseren Fragen versucht, die Forderungen und Positionierungen dieser Verbände zu berücksichtigen, aber eigene Akzente zu den Themen gesetzt, die uns als Organisation, die sich für gewaltfreie Konfliktbearbeitung als Alternative zu Rüstung und Militär einsetzt, besonders am Herzen liegen.

Hier sind ein paar Links zu den Wahlprüfsteinen anderer Organisationen aus dem Umfeld von Frieden und Konfliktbearbeitung:

Plattform Zivile Konfliktbearbeitung: <https://t1p.de/6mup>

Aktion Aufschrei: <https://www.ohne-ruestung-leben.de/bundestagswahl2021/>

Bündnis von acht verschiedenen Friedensgruppen, auch dem BSV, u.a. hier:

www.forumZFD.de/frieden2021

Und noch mehr Papiere und Wahlprüfsteine hat das Netzwerk Friedenskooperative zusammengestellt:

<https://www.friedenskooperative.de/bundestagswahlen2021>

**Unsere sieben wichtigsten Themen und
Forderungen
und unsere Fragen an die derzeitigen und
künftigen Bundestagsabgeordneten**

100 Sekunden vor 12: Das zeigt die sog. „Doomsday Clock“ des Science and Security Board des Bulletin of the Atomic Scientists an. Die Gefahr einer Vernichtung der Menschheit durch Atomkrieg und Klimawandel wird damit als höher als im Kalten Krieg im letzten Jahrhundert eingeschätzt. Siehe <http://thebulletin.org/timeline>.

Jährliche Übersichten über Konflikte erstellen u.a. die Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF - <https://t1p.de/AKUF> und das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung (<https://hiik.de/konfliktbarometer/>).

12 Bundeswehreinätze im Ausland: Insgesamt sind 2021 derzeit (vor dem Abzug aus Afghanistan) rund 3.500 Soldat*innen auf drei Kontinenten im Einsatz. Dazu kommen **Stationierungen der Bundeswehr in anderen NATO-Ländern** wie Litauen oder in der Ägäis. Siehe die Website des Verteidigungsministeriums <https://t1p.de/BWweltweit>.

Die Europäische Union hat in ihrem neuen Rahmenhaushalt 2021-2027 6 Milliarden Euro für einen Verteidigungsfond (Rüstungsforschung und Rüstungsindustrie) und 1,5 Milliarden für den militärischen Infrastrukturausbau in Europa in Unterstützung der NATO vorgesehen. Außerhalb des Haushalts wurde eine sog. „Friedensfazilität“ geschaffen, die mit 5 Milliarden Euro Länder außerhalb der EU beim Aufbau ihres Militärs unterstützen soll (Deutschland trägt ca. 25% des Etats der Friedensfazilität). Siehe Brot für die Welt: <https://t1p.de/BfdW> oder die Informationsstelle Militarisation: <https://t1p.de/Imi>.

1. Krieg überwinden muss bei uns anfangen

Frage*: Die Bundeswehr ist in 12 Einsätzen in Europa, Afrika und Asien tätig. Werden Sie gegen neue Militäreinsätze der Bundeswehr stimmen und sich dafür einsetzen, dass die Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen zurückgeholt wird?

Frage: Die Präsenz von NATO-Truppen in Osteuropa trägt zur Eskalation des Konflikts mit Russland bei. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die NATO-Truppen aus Osteuropa abgezogen werden und ein Dialog mit Russland begonnen wird, dessen Ziel die Schaffung gemeinsamer Sicherheit in Europa ist?

Frage: Rüstungsvorhaben und Militäreinsätze tragen nicht zu Frieden bei, sondern wirken konfliktverschärfend. Werden Sie sich für den Abzug dieser Truppen und den Stopp der Finanzierung von Rüstungsvorhaben, auch im Rahmen der EU, einsetzen?

Frage: Werden Sie dafür eintreten, als ersten Schritt weltweit die Rüstungsetats um 10% zu senken, damit mehr Geld für die UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs), für den Klimaschutz und für die Folgen der Corona-Pandemie zur Verfügung stehen?

* Nach Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan reduziert sich die Zahl der Einsätze voraussichtlich auf 11.

Zu den **staatlichen Programmen und Institutionen der Zivilen Konfliktbearbeitung (ZKB) in Deutschland** zählen vor allem der Zivile Friedensdienst (<https://www.ziviler-friedensdienst.org/de>), die Deutsche Stiftung Friedensforschung (<https://bundesstiftung-friedensforschung.de/>), das Finanzierungsprogramm Zivik des Instituts für Auslandsbeziehungen (<https://www.ifa.de/foerderungen/zivik/>), die Forschungseinrichtung „Frieden und Entwicklung“ (FriEnt) (<https://www.frient.de/>), und das ZIF-Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (<https://www.zif-berlin.org/>).

Eine **Übersicht über Instrumente der Zivilen Konfliktbearbeitung** haben wir in einem Infoblatt zusammengestellt: <https://soziale-verteidigung.de/shop/zivile-konfliktbearbeitung>.

Die Bundesregierung hat sich 2017 **Leitlinien zur Krisenprävention** gegeben. Sie umfassen sowohl militärgestützte wie zivile Maßnahmen: <https://t1p.de/LeitlinienZKP>.

Zivilgesellschaft: Mit ZKB befassen sich zahlreiche Friedensgruppen und Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit. Die wichtigsten Zusammenschlüsse sind:
Plattform Zivile Konfliktbearbeitung, <https://pzkb.de/>, in der Organisationen und Einzelpersonen zusammenarbeiten, die mit ZKB befasst sind;
Kooperation für den Frieden, <http://www.koop-frieden.de>, ein Dach von Friedensorganisationen;
Konsortium Ziviler Friedensdienst, <https://www.ziviler-friedensdienst.org/de/konsortium-zfd>, ein Dach der EZ- und Friedensorganisationen, die in den Zivilen Friedensdienst entsenden.

2. Strukturen der Zivilen Konfliktbearbeitung stärken

Frage*: Die vorhandenen Strukturen zur Stärkung von Ziviler Konfliktbearbeitung (ZKB) müssen ausgebaut werden. Dazu gehört u.a., die Investitionen in ZKB deutlich zu erhöhen. Werden Sie sich für die Erhöhung der entsprechenden Etats beim BMZ und AA einsetzen?

Frage: Schließen Sie sich der Forderung an, die Mittel für den Zivilen Friedensdienst von 55 Millionen Euro auf 65 Millionen, wie es das Forum Ziviler Friedensdienst fordert, und die für Krisenprävention von 434 Millionen auf 500 Millionen zu erhöhen?

Frage: Zivile Konfliktbearbeitung kann nicht in kurzfristigen, ein- bis dreijährig finanzierten Projekten Erfolg haben. Sie braucht langfristige Förderung. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Förderung langfristig angelegt wird?

Frage: Werden Sie sich für die Gleichstellung von Friedensfachkräften (Bezahlung, Einnahme von Leitungsfunktionen) aus dem Globalen Süden mit europäischen Friedensfachkräften im ZFD und anderen Förderprogrammen einsetzen?

Frage: Zivile Konfliktbearbeitung brauchen wir auch in Deutschland. Werden Sie den Zweck „Konfliktbearbeitung“ in einschlägige Programme der Demokratiestärkung und Gewaltprävention mit aufnehmen?

*: BMZ = Bundesministerium für Entwicklung und Zusammenarbeit; AA = Auswärtiges Amt.

Ziviles Peacekeeping / Unbewaffneter Ziviler Schutz: Es werden immer mehr Erfahrungen damit gesammelt, wie man Menschen vor (kriegerischer) Gewalt ohne Waffen schützen kann. Gewaltfreie Nichtregierungsorganisationen und zivile Beobachtungsmissionen zeigen, dass Ziviles Peacekeeping eine Alternative zur Entsendung von Militär ist. Es stimmt nicht, dass Militär gebraucht wird, um Sicherheit zu schaffen und Menschen zu schützen. In vielen Fällen sind gewaltlose Ansätze sogar effektiver und nachhaltiger.

Mehr Information und Links zu Quellen auf unserer Website: <https://soziale-verteidigung.de/bereich/ziviles-peacekeeping>

Soziale Verteidigung: Die Politik argumentiert gerne, dass wir die Bundeswehr und die NATO brauchen: Zur Abschreckung und um im Ernstfall einen militärischen Angriff abzuwehren. Wir bezweifeln die Risikoanalysen, die diesen Positionierungen zugrunde liegen. Aber selbst wenn sie wahr wären: Schon ein konventioneller Krieg, also ein Krieg ohne Einsatz von Nuklearwaffen, würde angesichts der technischen Weiterentwicklung der Waffen in Europa hundertfach mehr Opfer und Zerstörung bedeuten als der Zweite Weltkrieg. Und die Gefahr, dass er zu einem Atomkrieg würde, ist gewaltig. Deshalb sollten wir uns daran erinnern, dass schon vor Jahrzehnten Konzepte der nichtmilitärischen Verteidigung – die Prinzipien der „Sozialen Verteidigung“ – ausgearbeitet wurden.

Mehr Informationen und Links zu Quellen auf unserer Website: <https://soziale-verteidigung.de/denn-eigentlich-soziale-verteidigung>

3. Alternativen zum Militär

Frage: Werden Sie sich für die Weiterentwicklung und die finanzielle Förderung von Zivilem Peacekeeping durch extra dafür bereitgestellte Mittel einsetzen, wie es in den Leitlinien zur Krisenprävention versprochen wurde?

Frage: Werden Sie sich bei unbewaffneten zivilen Missionen der OSZE und der EU dafür einsetzen, dass deren Mandat „Schutz der Zivilbevölkerung“ mit umfasst?

Frage: Teilen Sie die Einschätzung, dass Europa militärisch nicht verteidigt werden kann? Falls ja, welche Folgerungen ziehen Sie daraus?

Frage: Haben Sie sich schon einmal mit Alternativen zu militärischer Verteidigung befasst? Ist Ihnen Soziale Verteidigung ein Begriff? Sie ist ein Konzept der nichtmilitärischen Verteidigung durch vorbereiteten gewaltfreien Widerstand.

Aufgrund unzureichender rechtlicher Rahmenbedingungen und fehlenden politischen Willens konnte Deutschland zum **fünftgrößten Waffenexporteur** der Welt aufsteigen. Die Bundesregierung hat im Jahr 2020 Rüstungsexporte für mehr als eine Milliarde Euro an Länder genehmigt, die in die Konflikte im Jemen oder in Libyen verwickelt sind. Alleine für Ägypten wurden bis zum 17. Dezember 2020 Ausfuhren von Waffen und militärischer Ausrüstung im Wert von 752 Millionen Euro erlaubt. Auch an Katar (305,1 Millionen Euro), in die Vereinigten Arabischen Emirate (51,3 Millionen Euro), nach Kuwait (23,4 Millionen Euro) und in die Türkei (22,9 Millionen Euro) durften in größerem Umfang Rüstungsgüter geliefert werden. Außerdem wurden Genehmigungen für Jordanien (1,7 Millionen Euro) und Bahrain (1,5 Millionen Euro) erteilt. Seitdem sind die Zahlen leicht gesunken; im ersten Quartal 2021 hat die Bundesregierung Rüstungsausfuhren im Wert von 978 Millionen Euro genehmigt. Aber: Das wichtigste Empfängerland außerhalb der NATO war Katar, dessen Menschenrechtsslage höchst zweifelhaft ist und das in Verdacht steht, internationale Terrorgruppen zu unterstützen.

Grundsätzlich sollten alle Rüstungsexporte verboten werden. Als „realpolitische“ Minimalforderung kann aber auch verlangt werden, dass zumindest in zwei Fällen Exporte verboten werden: Erstens in Krisen- und Kriegsregionen. Und zweitens an Länder, wo der Verdacht besteht, dass die Waffen bei bewaffneten internen Auseinandersetzungen, zur inneren Repression oder zu fortdauernden und systematischen Menschenrechtsverletzungen eingesetzt werden können.

Mehr Informationen auf der Seite der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“:

<https://www.aufschrei-waffenhandel.de/>.

4. Grundsätzliches Rüstungsexportverbot

Frage: Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür einsetzen, dass der Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern grundsätzlich verboten wird, und dass dieses Verbot in Artikel 26 (2) des Grundgesetzes und/oder in einem Rüstungsexportkontrollgesetz festgeschrieben wird?

Frage: Wenn Sie kein grundsätzliches Rüstungsexportverbot wollen, unterstützen Sie dann die Forderung, zumindest den Export von Waffen und anderen Rüstungsgütern in Krisen- und Kriegsregionen ohne Ausnahme zu untersagen?

Frage: Wenn Sie kein grundsätzliches Rüstungsexportverbot wollen, unterstützen Sie dann die Forderung, Rüstungsexporte zu verbieten, wenn der Verdacht besteht, dass sie zur inneren Repression oder zu fortdauernden und systematischen Menschenrechtsverletzungen eingesetzt werden?

Frage: Setzen Sie sich im Falle ihrer Wahl gegenüber der Bundesregierung für eine Verschärfung und strikte Einhaltung der europäischen Kriterien für den Rüstungsexport (Gemeinsamer Standpunkt der EU) ein, anstatt diese durch Initiativen wie die Europäische Friedensfazilität zu unterlaufen?

„Modernisierung der Atomwaffen“: Weltweit erneuern die atomwaffenbesitzenden Staaten ihre Arsenale. Dabei verschwimmt zunehmende die Unterscheidung zwischen den unterschiedlichen Reichweiten. Mehr Infos dazu hier: <https://t1p.de/ICAN>. So sollen u.a. auch neue Kampfjets beschafft werden.

Die Modernisierung hätte Auswirkungen auf die Zukunft der nuklearen Teilhabe. Sie könnte die künftige Rolle nuklearer Waffen in den strategischen Konzepten der USA und der NATO verändern und sogar stärken.

Völkerrechtswidrigkeit: Das Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofs (IGH) von 1996 stuft Atomwaffen eindeutig als völkerrechtswidrig ein.

Der Atomwaffenverbotsvertrag trat Ende Januar 2021 in Kraft; derzeit haben ihn 54 Staaten ratifiziert: <https://t1p.de/AVV-Ratifizierung>. Deutschland ist nicht dabei; ebenso wenig die Atomwaffenstaaten.

Mehr Informationen zu Atomwaffen u.a. auf der Website der Kampagne „atomwaffenfrei.jetzt“: <https://www.atomwaffenfrei.de/home.html>.

Deutschland least **Drohnen** von Israel; Teile der Bundesregierung möchten diese gerne auch bewaffnen. Außerdem will sich Deutschland zusammen mit Frankreich, Italien und Spanien und trotz Bedenken des eigenen Finanzministeriums, das vor einer Kostenexplosion warnt, an der Entwicklung einer „Eurodrohne“ beteiligen, die von Airbus, Leonardo und Dassault gebaut wird. Die Kosten für Deutschland liegen laut Verteidigungsministerium bei 3,1 Milliarden Euro. Mehr Informationen auf der Website der Informationsstelle Militarisierung <http://www.imi-online.de/> unter Eingabe des Suchworts „Drohnen“.

5. Die Rüstungsspirale durchbrechen

Frage: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Deutschland dem Atomwaffenverbotsvertrag beitrifft und dafür wirbt, dass auch die atomwaffenbesitzenden Staaten ihm beitreten?

Frage: Werden Sie sich für den Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland einsetzen?

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Modernisierung der Waffen und ihrer Trägersysteme gestoppt wird?

Frage: Werden Sie gegen die - derzeit vom Verteidigungsministerium vorgeschlagene – Anschaffung von 30 atomwaffenfähigen F-18-Kampfflugzeugen stimmen?

Frage: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Entwicklung und Anschaffung von bewaffnungsfähigen Drohnen sofort gestoppt und bewaffnete Drohnen (wie schon zuvor Landminen und Streumunition) geächtet werden?

Frage: Werden Sie gegen jede Finanzierung von Forschung und Entwicklung stimmen, die der Autonomisierung von Waffen dient?

Sicherheit neu denken ist eine Initiative aus der Badischen Landeskirche, die inzwischen von vielen Organisationen mit getragen wird. Sie versucht erstmals einen Weg zu beschreiben, wie Deutschland bis 2040 in Kooperation mit anderen Ländern komplett auf eine nachhaltige zivile Sicherheitspolitik umstellt. Dazu gehören u.a. folgende Punkte, die im Jahr 2040 erreicht sein sollen:

- Deutschland investiert jährlich 80 Mrd. Euro in zivile Krisenprävention anstatt in die Bundeswehr.
- Die Pariser Klimaziele werden erfüllt.
- Dank jährlich 27 Mrd. Euro deutscher Beitragszahlungen ist die UNO in der Lage, ihre Aufgaben effektiv wahrzunehmen.
- Eine Wirtschafts- und Sicherheitspartnerschaft der EU mit Russland / der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) sichert den dauerhaften Frieden in Europa.
- Dank jährlich 6 Mrd. Euro deutscher Beiträge ist die OSZE in Europa wirksamer Garant für Sicherheit und Frieden.
- Der Welternährungsfonds, der Weltklimafonds und die UN-Flüchtlingshilfefonds sind ausreichend finanziert.
- Deutschland ist innerhalb der EU, OSZE, NATO und UNO Vorreiter in ziviler Krisenprävention.
- Die Bundeswehr ist zum Technischen Hilfswerk mutiert, ehemalige Rüstungsbetriebe stellen nur noch zivile Produkte her.

Mehr Infos: <https://www.sicherheitneudenken.de/>

6. Sicherheit neu denken

Frage: Ist Ihnen das Konzept „Sicherheit neu denken“, das in der Badischen Landeskirche entwickelt wurde, bekannt? Unterstützen Sie die Vorstellung einer Politik, die Gewaltprävention und Kooperation in den Mittelpunkt stellt?

Frage: Setzen Sie sich dafür ein, dass die OSZE mittelfristig als alleiniges übergreifendes Sicherheitssystem in Europa dient und die NATO ablöst?

Frage: Setzen Sie sich für die Konversion von Rüstungsproduktion zu ziviler Produktion ein?

Frage: Setzen Sie sich dafür ein, dass mit Russland und China ein Dialog über Abrüstung, gegenseitige vertrauensbildende Schritte und Menschenrechte begonnen wird, der durch Vorleistungen westlicher Seite (z.B. Truppenabzüge und Schließung von Militärbasen) ermöglicht werden könnte?

Frage: Setzen Sie sich dafür ein, eine unabhängige Untersuchung in Auftrag zu geben, die die Zielerreichung bisheriger Auslandseinsätze der Bundeswehr im Vergleich zu den in den dazugehörigen Bundestagsbeschlüssen formulierten Zielen bewertet?

Frage: Unterstützen Sie eine Machbarkeitsstudie für die Einführung einer zivilen Sicherheitspolitik?

Flucht und Migration: Europa rühmt sich, eine Wertegemeinschaft und Vorreiter für Menschenrechte zu sein. Doch die Wirklichkeit sieht anders aus. Europa rüstet seine Grenzabwehr FRONTEX militär-polizeilich auf, schließt seine Grenzen gegen Flüchtende und lässt Tausende in Lagern vegetieren oder im Mittelmeer ertrinken. Die Grenzregime an Europas Außengrenzen und im Norden Afrikas werden ausgebaut. Kräftige Finanzspritzen gibt es für Staaten wie Libyen und die Türkei, wenn sie nur die europäische Flüchtlingsabschottung unterstützen – egal, welche menschenrechtlich katastrophalen Zustände in diesen Ländern selbst herrschen. Afrikanische Staaten werden in die „Türsteherfunktion“ für Europa gedrängt. EU-geförderte Grenzkontrollen z.B. in Senegal, Ghana, Niger und Nigeria zerstören zusätzlich die innerafrikanische Arbeitsmigration und schaffen neue Fluchtursachen.

In Deutschland haben sich inzwischen 243 Städte und Gemeinden zu „**sicheren Häfen**“ erklärt. Sie sind bereit, neue Geflüchtete aufzunehmen. Siehe <https://seebruecke.org/sichere-haefen/sichere-haefen/>
Die Bundesregierung hat in den letzten Jahren eine Reihe von Verschärfungen des Asylrechts beschlossen. Sie betreffen u.a. eine Einschränkung des Rechts auf Familiennachzug, eine Verlängerung des Aufenthalts in Erstaufnahmelagern bis zu 18 Monaten und die Einführung von Asylschnellverfahren. Abschiebungen nach Afghanistan, in die Türkei und in andere Krisengebiete sind erlaubt; auch kranke Menschen sollen künftig abgeschoben werden können.

Mehr Informationen zu diesen Themen u.a. auch bei <https://www.proasyl.de/> und im Heft 3/2021 der Zeitschrift Friedensforum (www.friedenskooperative.de)

7. Das Leben und die Würde von Flüchtenden schützen

Frage: Tausende Geflüchtete ertrinken jedes Jahr im Mittelmeer. Die EU-Grenzschutzagentur Frontex kooperiert mit der libyschen, griechischen und türkischen Küstenwache bei illegalen Pushbacks (Zurückschiebungen ohne Asylberechtigungsprüfung). Werden Sie sich dafür einsetzen, diese Praxis sofort zu beenden?

Frage: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die privaten Rettungsschiffe wie Sea Eye etc. ihre Arbeit wieder aufnehmen können?

Frage: Werden Sie sich für die Wiederaufnahme einer (europäischen) staatlich organisierten Seenotrettung im Mittelmeer einsetzen?

Frage: Fast 250 Städte und Gemeinden haben sich mittlerweile in Deutschland zu ‚Sicheren Häfen‘ erklärt. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass das Aufenthaltsgesetz so geändert wird, dass kommunale Flüchtlingsaufnahme ohne Zustimmung des Bundesinnenministers möglich wird?

Frage: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Abschiebungen in Länder, in denen Bürgerkrieg oder politische Verfolgung drohen, grundsätzlich gestoppt und Geflüchteten aus diesen Ländern eine gesicherte Bleibeperspektive gewährt wird?

Noch zwei Hinweise zum Schluss

Ausgaben für Zivile Konfliktbearbeitung: Hierzu hat der BSV ein Infoblatt zusammengestellt, das bei uns bestellt werden kann: <https://t1p.de/BSV-Ausgaben>. Es enthält die verschiedenen Haushaltspositionen der einzelnen Bundesministerien, die eindeutig – oder manche mit viel gutem Willen – der Zivilen Konfliktbearbeitung zugerechnet werden können. Wir kommen dabei auf Gesamtausgaben in Höhe von nicht ganz 6,5 Milliarden Euro.

In dem Informationsblatt „**Was wäre wenn? Rüstungs- und Sozialausgaben im Vergleich**“ stellen wir einige markante geplante oder schon laufende Ausgaben für Rüstung den Kosten für alternative Zwecke gegenüber: <https://t1p.de/BSV-Vergleich>.

Die Medien des BSV:

www.soziale-verteidigung.de

<https://www.facebook.com/BSV.Frieden>

https://www.instagram.com/bund_fuer_soziale_verteidigung/

https://twitter.com/so_verteidigen

<https://www.youtube.com/channel/UCHDhToYBCHtkfnpYXWU4bqw>